



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Haushaltsplan 2022;

hier: Öffentlicher Personennahverkehr – Kostenloses Sozialticket für Bedürftige (Kap. 09 06 neue TG)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird eine neue TG „Öffentlicher Personennahverkehr (Kostenloses Sozialticket für Bedürftige)“ mit einer Verpflichtungsermächtigung von 30.000,0 Tsd. Euro, fällig im Jahr 2023, ausgebracht.

Begründung:

Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln sollen nicht in ihrer unmittelbaren Mobilität und der Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eingeschränkt sein, weshalb diese Titelgruppe mit einer Verpflichtungsermächtigung (VE) von 30 Mio. Euro neu ausgebracht wird. Dadurch wird der Einstieg in ein kostenloses Sozialticket in diesem Herbst möglich, da durch die VE die für das Folgejahr erforderlichen Zusagen für die dann fälligen Abrechnungen der Verkehrsgesellschaften erfolgen können. Mit den Mitteln werden die Leistungsanbieter, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, vergütet.

Um im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende den ÖPNV in Bayern für Bedürftige kostenlos bzw. zu stark reduzierten Preisen nutzbar zu machen, sollen von einem Sozialticket beispielsweise Bezieher von SGB-II-Leistungen (SGB II = Sozialgesetzbuch Zweites Buch) sowie Haushalte mit einem Einkommen von bis zu 60 Prozent des mittleren Haushaltseinkommens, die nach dieser allgemeinen Definition als „arm“ gelten, profitieren. Der Freistaat soll darüber hinaus die erforderlichen Anstrengungen unternehmen, um in einem flächendeckenden System der Verkehrsverbünde ein solches Sozialticket einzuführen.

Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztlich kostenlosen ÖPNV deutlich: Der Verkehrssektor allein richtet durch seine Treibhausgasemissionen nach Schätzungen einen Schaden von mehreren Milliarden Euro pro Jahr an Folgekosten (vor allem für Umwelt und Gesundheit) an, Tendenz steigend. Eine Wende vom motorisierten Individual- hin zum öffentlichen Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß lohnt sich also für Bayern.

Die Änderungsanträge der SPD-Fraktion mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.